



# Positionen

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte  
Ausgabe Dezember 2015

<b>Die Haushaltskonsolidierung wird in den Jahren 2016/17 fortgeführt</b>	<b>2</b>
<b>Das Berliner Energiewendegesetz: entscheidender Baustein für ein Generationenprojekt</b>	<b>4</b>
<b>Alte Mitte – Alte Liebe</b>	<b>7</b>
<b>Unterbringung und medizinische Versorgung von Flüchtlingen</b>	<b>8</b>
<b>Jahresbilanz Neubau und Mietenpolitik 2015</b>	<b>11</b>
<b>Industrie mit Tablet und Smartphone</b>	<b>13</b>
<b>Der Kampf um die Turnhallen</b>	<b>17</b>
<b>Enquete-Kommission beschließt Rekommunalisierung der Energieunternehmen</b>	<b>19</b>
<b>Grüße zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel</b>	<b>22</b>

---

## Die Haushaltskonsolidierung wird in den Jahren 2016/17 fortgeführt

Die Berliner SPD führt den Erfolgskurs der Schuldenreduzierung des Berliner Haushalts kontinuierlich fort. Seit 2012 kann die Senatsverwaltung für Finanzen Finanzierungsüberschüsse verbuchen. Die Schulden Berlins wurden seit 2011 um über 2 Milliarden Euro reduziert, was zeigt, dass die Konsolidierung des Haushalts Früchte trägt und die gesetzlich vereinbarte Schuldenbremse eingehalten wird.

**Erfolgskurs der Schuldenreduzierung kontinuierlich fortgeführt**

Laut Haushaltsentwurf werden bereinigte Einnahmen in Höhe von 24,96 Milliarden Euro im Jahr 2016 und 25,75 Milliarden Euro im Jahr 2017 erwartet. Für die Jahre 2018 und 2019 geht die Finanzplanung von bereinigten Einnahmen in Höhe von 26,63 Milliarden Euro bzw. 27,37 Milliarden Euro aus.

**Einnahmen i.H.v. 24,96 Mrd. Euro 2016 und 25,75 Mrd. 2017 erwartet**

Dieser Erfolg, der maßgeblich von den SPD-Finanz- und Haushaltsexperten mitgetragen wird, muss nun dazu verwendet werden, Berlin fit für die Ansprüche einer wachsenden Stadt zu machen. Das heißt: Berlin muss investieren!

**Berlin muss investieren!**

Berlin ist eine junge Stadt. Deshalb wird verstärkt in Jugend und Bildung investiert. 270 Millionen Euro werden alleine mehr für den Schulneubau und in die Schulsanierung eingeplant. Somit werden bis zu 20 Prozent mehr Mittel pro Jahr zur Verfügung gestellt.

**verstärkt in Jugend und Bildung**

Damit die höhere Nachfrage nach Plätzen in Kindertagesstätten abgedeckt werden kann, sollen Kitas mit Investitionen von je 56 Millionen Euro in den Jahren 2016 und 2017 gefördert werden. Dafür werden Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds und dem Investitionsprogramm zur Kinderbetreuungsfinanzierung des Bundes verwendet.

Um den Anforderungen des steigenden Schulplatzbedarfs der Bildungseinrichtungen auch weiterhin gerecht zu werden, werden in den Jahren 2016/17 insgesamt 2000 Stellen für die Schulen bereitgestellt, davon etwa 1400 Lehrkräfte sowie rund 600 Erzieherinnen und Erzieher.

Zudem wurde ein neuer Investitionsplanfond geschaffen, der den bestehenden Investitionspakt Hochschulbau im staatlichen Hochschulbereich ergänzt, um Berlin als Wissenschaftsstandort noch weiter zu stärken. Für Investitionen in den Hochschulbau und die Charité-Universitätsmedizin stehen damit bis zum Jahr 2026 über eine Milliarde Euro zur Verfügung; der Einstieg erfolgt 2017 mit 60 Millionen Euro. Die Sachausgaben sind um insgesamt mehr als 600 Millionen Euro höher als bisher angesetzt (251 Millionen Euro 2016,

---

363 Millionen Euro 2017). Das sichert den Mehrbedarf der wachsenden Stadt in verschiedenen Bereichen ab, darunter auch Mehrausgaben für Asylbewerber.

Die Eckwertetabelle vom März 2015 sieht gegenüber dem Stand der Finanzplanung 2014 bis 2018 für die beiden Haushaltsjahre 2016 und 2017 Mehrausgaben im Bereich Personal von insgesamt fast 260 Mio. Euro (111 Millionen Euro 2016, 146 Millionen Euro 2017) vor. Damit werden mehr Personal für die wachsende Stadt (insbesondere Lehrer, aber auch Stellen in den Bezirken) und Gehaltszuwächse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst finanziert.

Im Bereich der Polizei werden insgesamt 420 neue Stellen in den Jahren 2016 und 2017 geschaffen. Hinzu kommen 370 Anwärterpositionen für den Polizeivollzug. Bis 2019 sollen im Polizeivollzug 16.875 Stellen besetzt sein. Auch die personellen Kapazitäten bei Justiz, Feuerwehr und Verfassungsschutz werden deutlich wachsen, um einen reibungslosen Betrieb und maximale Sicherheit zu gewährleisten.

Trotz Mehreinnahmen hat Berlin seine Schulden auf unter 60 Milliarden Euro gesenkt. Das ist noch immer eine hohe Verschuldung und entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 17.000 Euro. Aber die Berliner SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Schulden verringert werden.

Bereits jetzt sinkt laut Bund der Steuerzahler Berlin e.V. die Verschuldung Berlins um rund 17 Euro pro Sekunde. Die kommenden Haushaltspläne 2016/17 werden diese Schulden weiter senken und die Investitionen aus den Mehreinnahmen werden Berlin für die zukünftigen Herausforderungen wappnen.

*Andy Jauch, MdA*

---

## Das Berliner Energiewendegesetz: entscheidender Baustein für ein Generationenprojekt

Es ist eine Entwicklung, die wir Tag für Tag in der wachsenden Stadt Berlin beobachten können: Menschen zieht es in die Städte. Städte bieten vielfältige Chancen und Möglichkeiten in der Versorgung ihrer Bewohner, hinsichtlich deren beruflicher Perspektiven und in der persönlichen Lebensgestaltung. Die pulsierende Atmosphäre und kulturelle Vielfalt der Städte fasziniert. Dieses ist ein globaler Trend und er wird sich weiter fortsetzen. In 10 Jahren werden voraussichtlich rund 80% der Menschen in der EU in Städten leben. Als Zentren mit hoher Bevölkerungsdichte und wirtschaftlicher Dynamik, sind Städte zugleich aber auch die Orte, an denen weltweit die meiste Energie verbraucht wird. Sie sind die Orte, an denen besonders viel CO<sub>2</sub> erzeugt wird. Auch Berlin ist Emittent von Treibhausgasen, wenn auch in geringerem Maße als andere vergleichbare Metropolen.

Gerade die Städte sind deshalb aber auch heute aufgerufen, zu handeln, wenn wir den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt erhalten wollen: Denn der durch den Menschen verursachte Klimawandel ist zu einer Bedrohung für die Menschen und Umwelt geworden. Und Berlin ist entschlossen, seiner Verantwortung in dieser wichtigen Frage gerecht zu werden. Aus diesem Grund haben wir uns als Land auf sehr ambitionierte Klimaziele verpflichtet. Berlin will bis 2050 eine klimaneutrale Stadt werden. Dies bedeutet, wir müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen Berlins um 85 % gegenüber 1990 reduzieren.

Es reicht jedoch nicht, sich nur zum Klimaschutz zu bekennen, wir müssen ihn auch verwirklichen. In Berlin wollen wir deshalb mit drei Schritten unseren Beitrag hierzu leisten. Der erste Schritt war die Identifizierung unseres Ziels Klimaneutralität bis 2050 und die Prüfung von dessen realen Umsetzbarkeit mit der Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“. Das Ergebnis der Studie wurde am 17. März 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der zweite Schritt war der Entwurf für ein Berliner Energiewendegesetz (EWG Bln), das derzeit im Abgeordnetenhaus verhandelt wird. Das Energiewendegesetz verankert als Handlungsrahmen die Klimaschutzziele sowie die Instrumente zu ihrer Erreichung gesetzlich.

**Städte bieten vielfältige Chancen und Möglichkeiten**

**ein globaler Trend: In 10 Jahren werden 80% der Menschen in der EU in Städten leben**

**Auch Berlin ist Emittent von Treibhausgasen**

**Gerade Städte sind aufgerufen zu handeln**

**Aus diesem Grund will Berlin bis 2050 eine klimaneutrale Stadt werden**

**Wir müssen deshalb mit drei Schritten unseren Beitrag hierzu leisten**

---

Eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik setzt voraus, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht. Daher sieht das geplante Energiewendegesetz eine Reihe von Vorbildverpflichtungen für den Senat und die Landesverwaltung vor. Unter anderem sollen sich die Senats- und Bezirksverwaltungen so organisieren, dass sie ab dem Jahr 2030 CO<sub>2</sub>-neutral arbeiten. Zudem sollen bewährte Instrumente der Berliner Energie- und Klimaschutzpolitik – z.B. die Klimaschutzvereinbarungen mit öffentlichen Unternehmen – verstetigt und methodisch fortentwickelt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt des Gesetzentwurfes wird die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bilden. Zur stärkeren Bündelung der bereits laufenden Bemühungen in diesem Bereich ist die Einrichtung eines Klimawandelmonitorings vorgesehen, welches Grundlage für entsprechende Strategien und Maßnahmen sein soll. Daneben wird das Gesetz auch die Themen Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel stärker in der Schulbildung verankern.

Schließlich enthält der Gesetzentwurf noch Vorschriften für den Aufbau einer sicheren, preisgünstigen und klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung mit Strom und Wärme sowie zur vermehrten Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien an und auf öffentlichen Gebäuden sowie auf sonstigen öffentlichen Flächen im Land Berlin.

Der dritte Schritt ist das im Berliner Energiewendegesetz verankerte und in einem partizipativen Prozess erarbeitete Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK). Seit dem 1.12.2015 liegt das BEK nun vor. Es bietet ganz konkrete Handlungsstrategien und Maßnahmen – z.B. im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung, dem Verkehr, Gewerbe und Handel sowie dem öffentlichen Sektor – mit denen unsere Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Die starke Bürgerbeteiligung an der Erstellung des BEK war ein gutes Signal für das ausgeprägte Klima-Bewusstsein der Berlinerinnen und Berliner. Und in der Tat werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen können, wenn diese nicht von der Stadtgesellschaft und auch der Wirtschaft auf breiter Basis getragen und mit Leben erfüllt werden.

Wir müssen aber nun auch so schnell wie möglich tatsächlich alle drei hier dargestellten Schritte für den Klimaschutz in Berlin gehen. Die Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ und das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm liegen nunmehr vor. Lediglich die Verabschiedung des Berliner Energiewendegesetzes steht noch aus. Die Herausforderung, den durch Menschen verursachten Klimawandel zu begrenzen, ist groß: Wir haben keine Zeit zu verlieren!

---

**Gehen wir also –jeder in seinem Verantwortungsbereich–  
entschlossen unsere Aufgaben an.**

*Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt*

---

## Alte Mitte – Alte Liebe

Um die zukünftige Gestaltung eines der geschichtsträchtigsten Areale Berlins, der historischen Mitte, zu diskutieren, hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einen Dialogprozess Berliner Mitte initiiert.

**SenStadt Dialogprozess Berliner Mitte initiiert**

Die Auftaktveranstaltung fand am 18. April 2015 statt. Gleichzeitig startete ein Online-Dialog. Begleitet wurde der Dialogprozess mit Fachkolloquien, Bürgerwerkstatt und Theater. Am 28. November 2015 fand das Abschlussforum statt. Mit den Ergebnissen des Dialogprozesses, die in zehn Punkten zusammengefasst werden, wird sich dann das Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigen.

**Ergebnisse in zehn Punkten zusammengefasst**

Die Vorstellungen der zukünftigen Gestaltung der historischen Mitte haben eine Bandbreite von Bebauung, historischer Nachbau, Freifläche oder aber eine Mischung aus diesen. 88.000 Menschen haben sich in diesen Dialogprozess eingebracht, Experten, Bürgerinnen und Bürger Berlins aber auch Nichtberlinerinnen und -berliner.

**88.000 Menschen haben sich eingebracht**

Eine breite Mehrheit der Beteiligten sprach sich für einen offenen Raum aus, mit breiten Sichtachsen, einem Platz für politische Meinungsbildung, einem Ort der Kultur und Stadtgeschichte widerspiegelt, für eine Begrünung und Verkehrsberuhigung aus.

**Diese Ergebnisse sollen mit einfließen in die Gestaltungsvorschläge für dieses bedeutende Areal.**

Ich wünsche uns eine konstruktive Debatte über die Gestaltung dieser bedeutenden innerstädtischen Freifläche, die auch im Kontext mit den umliegenden historischen Arealen geführt werden sollte. Hier ist in erster Linie das Stadtschloss / Humboldtforum, die Museumsinsel, die Marienkirche, der Molkenmarkt und die historischen Gebäude an der Straße Unter den Linden mit ein zu beziehen. Wir sollten auch keine ideologisch geprägte Diskussion führen. In diesem Zusammenhang, wäre auch die Umsetzung des Neptunbrunnens, durch den Bund mit 10 Mio. Euro finanziert, an seinen alten Standort eine Chance.

Die Einbettung historisch nachvollziehbarer Strukturen zwischen den beiden modernen Kontrapunkten Alexander Platz und Potsdamer Platz wäre eine interessante Vorstellung.

*Liane Ollech, MdA*

---

## Unterbringung und medizinische Versorgung von Flüchtlingen

Bei Gesprächen in den Notunterkünften und Ersteinrichtungen für Flüchtlinge zeigen sich viele Bürger besorgt über die Unterbringung und Versorgung der Menschen, die in unserer Stadt ankommen. Sehr kritisch gesehen wird unter anderem die Unterbringung in Hostels und die damit zusammenhängende Ausgabe von Gutscheinen durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). Dabei stellen sich zunächst zahlreiche Fragen zur grundlegenden Systematik der Zuweisung von Hostelgutscheinen. Wer entscheidet nach welchen Kriterien über die Ausgabe? Welcher Personenkreis wird ausgewählt? Wie läuft die Ausgabe in der Praxis ab? Zudem sind aus der Presse und den ehrenamtlichen Netzwerken Probleme bei der Vermittlung von Gutscheininhabern an Hostels und bei der Begleichung der Rechnungen durch das LAGeSo bekannt. Auch stellt sich die Frage, wie viele Gutscheine das Land Berlin überhaupt ausgibt und welche Kosten dem Landeshaushalt dadurch entstehen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass aufgrund fehlender Kapazitäten in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften in diesem Jahr bereits 18 Millionen Euro für Hostel-Gutscheine ausgegeben werden mussten. Dies ist mehr als drei Mal so viel wie im gesamten Jahr 2014. Besorgniserregend ist auch, dass jeder zwanzigste Flüchtling in einem Hostel untergebracht werden muss. Der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ist allerdings nicht bekannt, wie viele Hostel-Gutscheine sie selbst ausgegeben hat. Dass mit den verfügbaren Personalressourcen eine termingerechte Begleichung der Rechnungen von Hostels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben nicht gewährleistet werden kann, räumt die Senatsverwaltung von Senator Czaja ebenfalls ein. Seit März wurde die im LAGeSo für die Abrechnungen zuständige Organisationseinheit lediglich um eine Stelle und zehn Beschäftigungspositionen verstärkt.

Darüber hinaus sind die praktischen Aspekte bei der Vermittlung an Hostels ungeklärt. In der Regel beherrschen die Menschen, an die ein solcher Gutschein ausgegeben wurde, die deutsche Sprache nicht. Alleine auf die Suche nach einer Unterkunft geschickt, sind sie akut von Obdachlosigkeit bedroht. Dennoch erfolgt in der Regel keine organisatorische Unterstützung der Menschen durch die Behörden bei der Suche. Unter anderem deshalb wurde die Ausgabe der Gutscheine jetzt vom Berliner Sozialgericht untersagt. Nun muss die Verwaltung von Senator Czaja unverzüglich alle erforderlichen Schritte unternehmen, um die Verteilung von Hostelgutscheinen auch tatsächlich auszusetzen und gleichzeitig

**Bürger besorgt über die Unterbringung und Versorgung der Menschen**

**aufgrund fehlender Kapazitäten bereits 18 Mio. Euro für Hostel-Gutscheine ausgegeben**

**akut von Obdachlosigkeit bedroht**

**Ausgabe der Gutscheine jetzt vom Berliner Sozialgericht untersagt**



---

Obdachlosigkeit von Flüchtlingen zu verhindern.

Ein weiteres Thema, das die Menschen bewegt, ist die medizinische Erstversorgung von Flüchtlingen. Dazu zählt die nach §62 AsylVG vorgeschriebene Erstuntersuchung. Diese beinhaltet zum einen die Verpflichtung von Ausländern, die in einer Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft wohnen, eine ärztliche Untersuchung auf übertragbare Krankheiten einschließlich einer Röntgenaufnahme der Atmungsorgane vornehmen zu lassen. Zum anderen geht es um die Erstversorgung derjenigen, die eine weite Reise zurückgelegt haben und oftmals einer schnellen medizinischen Versorgung bedürfen. Vielfach trauen sich die Menschen nicht, nach medizinischer Unterstützung zu fragen. Ihnen fehlt in der Regel auch das Wissen, wo man den nächsten Arzt findet und eine Verständigung ist sprachlich schwierig.

Nicht alle Einrichtungen, vor allem die Notunterkünfte, verfügen über eine eigene medizinische Versorgung. Bisher findet diese in überwiegende durch die Ärzte in den umliegenden Wohngebieten oder auf freiwilliger Basis durch Ehrenamtliche statt. Dies belastet in hohem Maße die Kapazitäten der niedergelassenen Ärzte. Zudem haben Flüchtlinge erst nach der Erstregistrierung einen Anspruch auf Versorgung durch Krankenhäuser oder niedergelassene Ärzte, außer in akuten Notfällen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind es ehrenamtlich tätige Ärztinnen und Ärzte, aber auch Zahnärzte, Hebammen und Krankenschwestern, die sich um diese Patienten kümmern – wenn es der jeweilige Träger der Unterkunft denn zulässt. Genau dafür benötigt es eines klaren, einheitlichen Konzeptes der Senatsverwaltung zum Umgang mit der Einbindung Ehrenamtlicher in der medizinischen Versorgung. Ein solches Konzept liegt jedoch noch nicht vor.

Auch nach der Erstregistrierung ist der Umgang mit der medizinischen Erstversorgung seitens der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ungeklärt und in der Praxis uneinheitlich. Das betrifft z.B. die Beteiligung der Träger von Flüchtlingseinrichtungen an der medizinischen Versorgung. Genannt sei hier das DRK, das durchaus über die erforderlichen medizinischen Kompetenzen verfügen würde, um selbst die medizinische Versorgung durchzuführen.

Informationen zur Anzahl der bisher versorgten (registrierten oder unregistrierten) Flüchtlinge sowie weitergehende Zahlen zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge verweigert die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales bisher. Stattdessen wird auf ein noch zu erarbeitendes Konzept zur Erstuntersuchung in Erst- und Notunterkünften in Zusammenarbeit mit dem LAGeSo verwiesen. Hier gilt es nachzubohren und die Pläne kritisch und konstruktiv zu begleiten.

---

Fortschritte wurden bisher zumeist nur auf Druck, u.a. durch die Berliner Ärztekammer, erzielt. Daher bleibt es weiterhin unsere Aufgabe, uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine bessere Versorgung von Flüchtlingen einzusetzen.

*Dr. Gregor Költzsch, MdA*

---

## Jahresbilanz Neubau und Mietenpolitik 2015

Die SPD ist die Mietenpartei der Stadt. Das haben auch die vergangenen Monate erneut gezeigt. Dabei ist der erfreuliche Bevölkerungsanstieg in den vergangenen vier Jahren um ca. 175.000 Menschen nicht ohne Schattenseite: Die soziale Mischung unserer Stadt kann schnell in Gefahr geraten, wenn Verteilungskämpfe auf dem Rücken der Wohnungssuchenden ausgetragen werden. Hinzu kommt eine steigende Zahl an Flüchtlingen, die nicht dauerhaft in Turnhallen untergebracht werden können. Hier ist die ganze Stadt gefragt, Land wie Bezirke gleichermaßen, Lösungen zu finden, die adäquate Unterbringung ermöglichen. Auch der Bund muss sich seiner Verantwortung stellen.

### **Unsere Erfolge 2015**

Als SPD-Fraktion haben wir gegen viele Widerstände das Zweckentfremdungsverbot durchgesetzt. Wir haben verboten, dass Mietwohnungen dauerhaft als Ferienwohnungen genutzt werden und dem Wohnungsmarkt nicht zur Verfügung stehen. In besonders belasteten Gebieten ist die Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum wieder genehmigungspflichtig und wir haben die Sperrfrist für Eigenbedarfskündigungen auf zehn Jahre angehoben. Mit dem „Mietenbündnis“ haben wir es außerdem geschafft, dass die Miete in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf maximal 30% des Nettoeinkommens begrenzt wird. Das trifft auf eine Zahl von über 300.000 Wohnungen zu, die wir in den kommenden Jahren noch steigern wollen.

### **Erster bei der Mietpreisbremse**

Es war eine Initiative der Berliner SPD, für die wir auch innerhalb der Bundespartei energisch haben werben müssen. Aber wir hatten Erfolg: Als erstes Bundesland haben wir die Mietpreisbremse eingeführt. Wenn eine Wohnung neu vermietet wird, darf die Miete nicht höher liegen als zehn Prozent über der örtlichen Durchschnittsmiete (laut Mietspiegel). Erste Erfolge sind spürbar: Die Durchschnittsmieten sind zum Teil sogar leicht gesunken. Insbesondere Vermieter von Bestandswohnraum würden sich bei Mieterhöhungen eher zurückhalten.

Auch das Urteil des Bundesgerichtshofes bestätigte im November unsere Mietenpolitik. So werden Mieterinnen und Mieter auch weiterhin durch die Kappungsgrenze vor erheblichen Mieterhöhungen geschützt. Das Gericht erklärte es auch für rechtmäßig, dass diese Verordnung für das gesamte Stadtgebiet gilt. Denn sonst hätte die Gefahr einer Verdrängung sozial Schwächerer in die Randlagen der Stadt bestanden.

**Die SPD ist die Mietenpartei**

**Die soziale Mischung unserer Stadt kann schnell in Gefahr geraten**

**Zweckentfremdungsverbot durchgesetzt**

**Mit dem „Mietenbündnis“ Mieten auf maximal 30% des Nettoeinkommens begrenzt**

**Als erstes Bundesland haben wir die Mietpreisbremse eingeführt**

**das Urteil des BGH bestätigte unsere Mietenpolitik**

---

## **Erfolg beim Mietenvolksentscheid wird Neubau vorantreiben**

Nicht eine Maßnahme allein sorgt für den Erfolg. Es ist die Summe eines Bündels, die schlussendlich dazu führt, dass die Mieten nicht ins Uferlose steigen. Mit den begonnenen Neubauprogrammen werden wir die Zahl städtischer Wohnungen deutlich erhöhen und so Druck aus dem Wohnungsmarkt nehmen. Die Bezirke haben für schnellere Genehmigungsverfahren extra mehr Personal bekommen. Inzwischen werden unsere Aktivitäten in vielen Quartieren immer sichtbarer. Wir werden dennoch nicht umhinkommen, auch private Bauherren in die Förderprogramme aufzunehmen. Die Einigung mit den Initiatoren des sogenannten „Mietenvolksentscheids“ ist ein großer Erfolg, der am Ende nicht nur soziale Leistungen bedeutet, sondern sich schlussendlich auch als Motor für die Konjunktur erweisen wird: Denn mit den beschlossenen Maßnahmen wird ein Finanzvolumen von rund 1,4 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung gestellt, davon 900 Millionen Euro für die Wohnungsneubauförderung, 300 Millionen Euro für die Eigenkapitalerhöhung bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen, 200 Millionen Euro für den Mietenausgleich im Sozialwohnungsbestand und 40 Millionen Euro für die Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum.

Diese Erfolge dürfen wir jedoch nicht durch unbedachtes Handeln bei der Nutzung des Areals in Tempelhof aufs Spiel setzen. Als verantwortliche Fachpolitikerin habe ich in den Verhandlungsrunden zum Mietenvolksentscheid tolle Leute kennengelernt, die für unsere Stadt brennen. Es wäre nicht gut nun das erste „Volksgesetz“ zu kippen.

## **Alternativen der Unterbringung**

Viele der hier erwähnten Maßnahmen sind im Wesentlichen zurückzudatieren auf ein Wachstum der Stadt, noch bevor die Anzahl der Asylsuchenden sprunghaft angestiegen ist. Für diese große Herausforderung, die Menschen nicht nur über den Winter, sondern sie auch anschließend würdevoll und im Sinne gelingender Integration unter zu bringen, werden wir uns kräftig anstrengen müssen. In diesem Sinne sei auf die Verantwortung des Bundes hingewiesen, der es durch seine Liegenschaftspolitik den Kommunen zusätzlich erschwert, geeignete Unterkünfte zu finden. Neben der landeseigenen BIM, hat auch die BIMA die Pflicht, adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, so dass Turnhallen nach Möglichkeit für den Schul- und Vereinssport genutzt werden können.

*Iris Spranger, Mda*

---

## Industrie mit Tablet und Smartphone

### **Die Internetbranche hat sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für Berlin entwickelt**

Dass das Internet neue Unternehmensmodelle ermöglichen würde, zeichnete sich nach seinem Erscheinen bald ab. Ab Mitte der 90er Jahre demonstrierten innovative Unternehmen aus den USA wie Yahoo (1994), Amazon (1995), ebay (1995) oder Google (1998), welches enorme wirtschaftliche Potential in dem neuen Medium steckte. Innerhalb kürzester Zeit wurden aus Neugründungen weltumspannende Unternehmen. Auch in Deutschland gründeten sich bereits in den 90er Jahren erfolgreiche Internetunternehmen wie web.de, Scout 24 und bringdienst.de (heute pizza.de), die sehr schnell enormen Zulauf fanden. Doch der anfänglichen Euphorie folgte bald Ernüchterung. Im Jahr 2000 platzte die Internetblase, was weltweit das Aus vieler Unternehmen bedeutete und der Branche einen schweren Schlag versetzte.

Doch die Geschichte der Internetindustrie war damit noch längst nicht zu Ende. Mit der erstaunlichen Expansion sozialer Netzwerke wie Myspace, Facebook, Studi-VZ oder OpenBC (heute Xing) ab etwa 2003 und dem Erscheinen der ersten Smartphones ab 2007 wurden neue Anwendungen des Internets möglich, die wiederum neue Geschäftsmodelle möglich machten. Immer mehr Unternehmen spezialisieren sich seitdem auf die Entwicklung von Apps, mit deren Hilfe Nutzerinnen und Nutzer von Smartphones und Tablet-Computern spezielle Anwendungsmöglichkeiten des Netzes auf bequeme Weise so nutzen können, wie es ihrem jeweiligen persönlichen Bedarf entspricht. Neben US-Firmen hat sich hier international eine Vielzahl unterschiedlicher Unternehmen am Markt positioniert. Auch Deutschland hat einige bemerkenswerte Unternehmensgründungen auf diesem Felde zuwege gebracht, und Berlin ist dabei zum eindeutig wichtigsten Standort geworden, der andere deutsche Gründerzentren wie München oder Hamburg schon deutlich hinter sich gelassen hat.

Dass sich Berlin mit seinen vielen kreativen Menschen, seinem internationalen Flair und den vergleichsweise günstigen Lebenshaltungskosten als Standort für die aufkommende deutsche Internetindustrie geradezu anbieten würde, leuchtete schnell ein. Die Lücken, die der Niedergang der traditionellen Berliner Industrie hinterlassen hatte, erwiesen sich nun als Vorteil. An ihrer Stelle entstand eine neue Industrie ohne große Hallen und rauchende Schornsteine. Zunächst noch klein, unauffällig und versteckt, hat sich die

**das Internet ermöglicht neue Unternehmensmodelle**

**Auch in Deutschland gründeten sich erfolgreiche Internetunternehmen**

**und Berlin ist dabei zum wichtigsten Standort geworden, der andere deutsche Gründerzentren schon hinter sich gelassen hat**

**Die Lücken, die der Niedergang der traditionellen Berliner Industrie hinterlassen hatte, erwiesen sich nun als Vorteil**

---

Internetindustrie mittlerweile zu einem durchaus wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin entwickelt, der zu großen Hoffnungen Anlass gibt. So kommt die Unternehmensberatung McKinsey in einer Studie mit dem Titel „Berlin gründet“ zu dem Schluss, dass in Berlin bis 2020 über 100.000 neue Arbeitsplätze durch Start-Ups entstehen könnten und Berlin führende Gründermetropole in Europa werden könnte. Dazu müsse die Stadt ihre Potentiale allerdings noch besser nutzen.

Auch die Berliner Politik hat die Bedeutung des neuen Industriezweiges erkannt und nimmt sich zunehmend ihrer Bedürfnisse an. Wichtig für die Branche ist es vor allem, auch weiterhin international gesuchte Fachkräfte relativ leicht nach Berlin bekommen zu können. Hierzu muss die Stadt ihre jetzige Attraktivität behalten. Aber auch bürokratische Hindernisse gilt es zu überwinden. Wer mit Managern der Internetbranche spricht, hört häufig Klagen über lange Bearbeitungszeiten und komplizierte Verfahren bei der Beantragung von Visa für ausländische Mitarbeiter. Der Umgang mit der Ausländerbehörde wäre auch für begehrte Fachkräfte nicht immer einfach. Vor allem wer nicht gut Deutsch könne, habe es dort schwer. Möglichkeiten, wichtige Schritte bereits vom Heimatland aus im Online-Verfahren zu erledigen, gäbe es kaum. Hier sind Änderungen sicherlich notwendig.

Ich habe in diesem Jahr mehrere interessante Berliner Internetunternehmen besucht, die sich alle auf die Entwicklung von Apps spezialisiert haben: die Firma 6Wunderkinder am Alexanderplatz und die beiden Kreuzberger Firmen Kitchen Stories und Babbel. Die Firma 6Wunderkinder ist seit kurzem so etwas wie der heimliche Star unter den Berliner Internetfirmen, denn im Juni 2015 übernahm Microsoft das 2010 gegründete Unternehmen – eine Art Ritterschlag und Ausweis eines echten Erfolgskonzepts. Mit ihrer App *Wunderlist* lassen sich einzeln oder im Team am PC, Mac oder auf dem Smartphone Aufgaben verwalten, Notizen speichern und Erinnerungen erstellen. Die App hat innerhalb von knapp fünf Jahren über 13 Millionen Nutzer in der ganzen Welt erreicht.

Noch jünger als die 6Wunderkinder ist die Firma Kitchen Stories. Erst 2013, gleich nach Abschluss ihres BWL-Studiums, kamen die beiden jungen Gründerinnen Verena Hubertz und Mengting Gao nach Berlin, um hier ihre Idee einer Koch-App zu verwirklichen, mit deren Hilfe Nutzerinnen und Nutzer leicht und problemlos abwechslungsreiche Rezepte nachkochen können sollten. In Kreuzberg richteten sie sich ein Videostudio mit Schauküche ein. Mittlerweile gibt es ihre App in zwölf Sprachen. Sie wurde von der Hitliste des Apple App-

---

Stores empfohlen – ebenfalls eine Art Ritterschlag – und erhielt problemlos ein Investment von 1,6 Millionen Euro.

Fast schon alteingesessen ist im Vergleich dazu die Firma Babbel. Das 2007 gegründete Unternehmen bietet eine Sprachlern-App an, mit deren Hilfe es Nutzerinnen und Nutzern möglich ist, Fremdsprachen online auf einem Smartphone oder PC zu lernen. Mittlerweile werden 14 verschiedene Sprachen zum Lernen für Nutzerinnen und Nutzer mit unterschiedlichen Ausgangssprachen angeboten. Besonders beliebt sind Englisch und Französisch, aber auch Deutsch, Spanisch, Italienisch, Türkisch, Russisch oder Polnisch gehören zum Angebot. Zurzeit macht man sich verstärkt daran, den US-Markt zu erobern – ungewöhnlich für ein europäisches Unternehmen, doch bislang durchaus mit Erfolg.

Mittlerweile arbeiten über 350 Mitarbeiter bei Babbel, weiteres Wachstum steht bevor. Bald schon werden die Räume in der Kreuzberger Bergmannstraße zu klein sein. Ein Umzug an einen größeren Standort in Berlin-Mitte ist bereits fest geplant. Es sei jedoch keineswegs mehr leicht, in Berlin entsprechend große Büroräume zu bekommen, sagte mir CEO Markus Witte. Ein anderer Engpass sei der Arbeitsmarkt für passend qualifizierte Fachkräfte. "Recruitment ist bei innovativen Unternehmen immer schwierig", so Witte. "Das gilt bei uns sowohl für die IT-Spezialisten als auch für die Manager. Es nutzt uns nichts, einen Controller zu bekommen, der vorher in einer ganz anderen Branche gearbeitet hat. Es muss jemand sein, der sich mit dem Vertrieb von Abonnements über Internet-Apps auskennt. Da müssen wir schon international ausschreiben. Zum Glück ist Berlin immer noch ein sehr attraktiver Standort mit internationaler Ausstrahlung. Da kann man immer auch Fachkräfte davon überzeugen, nach Berlin zu ziehen."

Für Witte wäre es vor allem wichtig, dass die Berliner Politik das Image von Berlin international noch weiter verbessert und den Namen Berlin noch mehr zu einer weltweit attraktiven Marke macht. "Man kann sich da sehr an New York orientieren" meint der Babbel-Chef. "Die haben ein gutes City Branding entwickelt. Wir leben auch von der Stimmung! Politiker haben einen hervorragenden Zugang zur Öffentlichkeit. Den könnte man für die Startup-Szene nutzen." Ansonsten wünscht sich Witte vor allem eine bessere Verbindung zwischen Berlin und San Francisco. "San Francisco hat für die Startup-Szene in etwa die Bedeutung wie Hollywood für die Filmbranche. Da muss man regelmäßig hin. Die Frage wie leicht oder wie schwer man dort hinkommt, ist entscheidend dafür, ob man sich als Standort in der Startup-

---

Szene verankern kann. Aber leider gibt es immer noch keinen Direktflug von Berlin nach San Francisco."

Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist noch immer hoch. Leider passen aber die Qualifikationen des Berliner Arbeitsmarktes und die Anforderungen der Internetbranche nur selten zusammen, weshalb die benötigten Arbeitskräfte zum großen Teil außerhalb der Stadt und auch außerhalb Deutschlands angeworben werden müssen. Das ist bedauerlich. Gleichwohl bleibt die Internetbranche als Motor bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze in Berlin hoch willkommen. Und auch insgesamt bleibt die Entwicklung der Berliner Internetindustrie vielversprechend und spannend. Vor Rückschlägen wird man dabei sicher nicht gefeit sein. Erfahrungsgemäß verschwindet ein Großteil der Neugründungen nach kurzer Zeit wieder vom Markt. Doch davon lassen sich mutige Gründerpersönlichkeiten nicht abschrecken. Gleichwohl erscheint es mir wichtig, dass wir nicht nur die Phase der Existenzsicherung mit Förderinstrumenten unterstützen – hier ist Berlin schon vergleichsweise gut aufgestellt –, sondern auch eine solide Anschlussförderung bereitstellen. So stellen wir sicher, dass innovative junge Unternehmen nach ersten Jahren einer erfolgversprechenden Entwicklung nicht an eigentlich überwindbaren Hürden letztlich dann doch scheitern. Erstaunlich ist aber auch jetzt schon, wie viele erfolgreiche Unternehmensgründungen in der Berliner Internetbranche bereits gelungen sind. Ihre Bedeutung als Wirtschaftsfaktor für Berlin wird die Branche in den nächsten Jahren vermutlich noch erheblich steigern.

*Thorsten Karge, MdA*



---

## Der Kampf um die Turnhallen

### **Der Sport ist als gesellschaftlich immer einflussreicherer Faktor in diesen Tagen besonders gefragt.**

Angesichts des nahenden Winters ist es erforderlich, feste Unterkünfte für die mehr als 60.000 Menschen, die allein in diesem Jahr in Berlin Zuflucht suchen, zur Verfügung zu stellen. Besonders begehrt sind Turnhallen, schnell und relativ unkompliziert lassen sie sich zur Notunterkunft umwandeln, sanitäre Anlagen sind vorhanden und geheizt wird auch. Bereits jetzt sind es 33 Turnhallen (Stand 1.12.), die in Berlin zur zeitweisen Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden - wieviel werden es nächste Woche oder kommenden Monat sein?

Der Landessportbund (LSB) kritisiert den Sportsenator wegen der mangelnden Unterstützung für den Sport - Zitat: „Das Ergebnis ist enttäuschend“.

Enttäuscht sind auch die Sportvereine, die Sportlerinnen und Sportler, ebenso die Verantwortlichen in den Bezirken. Turnhallen sollten eigentlich nur in Ausnahmefällen genutzt werden und nur dann, wenn alle anderen Möglichkeiten überprüft wurden.

Ist das der Fall? Was wird geprüft? Werden die Hinweise aus den Bezirken ernst genommen?

Nicht immer hat man diesen Eindruck. Auch den Einwurf, es gäbe ja immerhin an die 1.000 Sporthallen, lasse ich nicht gelten. Ganz abgesehen davon, dass davon einige schon längst nicht mehr nutzbar sind, halte ich Turnhallen als Notunterkünfte weiterhin für ungeeignet.

„Die Einschränkung des Schul- und Vereinssports fördert nicht gerade die Akzeptanz in der Bevölkerung“, so Matthias Köhne, Bezirksbürgermeister in Pankow. Recht hat er und so erlebte ich es auch in meiner Diskussionsveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern von Lichtenberger Sportvereinen Mitte November.

Viele Vereine verlieren einen Teil ihrer Mitglieder, die wiederum auch mit ihren Mitgliedsbeiträgen den Trainingsablauf sichern. Das kann auch zu wirtschaftlichen Problemen führen. Der Schulsport fällt aus oder wird verkürzt angeboten. Wollen wir das?

Und sind nicht gerade die Sportvereine bei der Integration von geflüchteten Menschen besonders gefragt?

**Besonders begehrt sind Turnhallen**

**die zur zeitweisen Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden**

**LSB kritisiert den Sportsenator**

**Enttäuscht sind auch die Sportvereine**

**nur in Ausnahmefällen genutzt werden**

**Turnhallen weiterhin ungeeignet**

**„Die Einschränkung des Schul- und Vereinssports fördert nicht gerade die Akzeptanz in der Bevölkerung“**

**Vereine verlieren Mitglieder und kann zu wirtschaftlichen Problemen führen**

**Sportvereine bei der Integration besonders gefragt**

---

Im Sport wird den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nicht nur die Möglichkeit der Begegnung und der Erlangung sozialer Anerkennung geboten, sondern hier wird auch in besonderer Weise der Zusammenhalt der Gesellschaft gefördert.

Das wollen die Vereine auch gern leisten, aber dafür braucht man, insbesondere in der kalten Jahreszeit, Turnhallen. In der Resolution des Landessportbundes und seiner Mitgliedsorganisationen werden die Berliner Vereine dazu aufgerufen, die Integrationsbemühungen nach Kräften zu unterstützen. Es wird jedoch auch erwartet, dass keine weiteren Sporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen werden, damit der "Integrationsmotor Sport" nicht ins Stottern gerät. Integration der Flüchtlinge nur mit dem Sport - nicht gegen den Sport, so eine der Forderungen der LSB-Mitgliederversammlung am 27. November 2015.

Das Bestreben, dass Schulträger belegter Hallen nach Beendigung der Nutzung und deren Freigabe zusätzlich zur Beseitigung der Schäden einen Sanierungsbonus erhalten sollen, ist für die Vereine ein schwacher Trost. Ist doch davon auszugehen, dass die Unterbringung der Geflüchteten und deren Integration uns noch über Jahre beschäftigen wird.

Ich persönlich unterstütze deshalb eher eine befristete Nutzung des Vorfeldes des ehemaligen Flughafens Tempelhof für die Bereitstellung von mobilen Unterkünften, als weitere Turnhallen zu beschlagnahmen. Bei der Bevölkerung und insbesondere den Sportvereinen müssen wir weiterhin um Verständnis für eventuelle Härten bitten, klar und möglichst frühzeitig die Herausforderungen ansprechen und gemeinsam Lösungsvorschläge unterbreiten.

*Karin Halsch, Mda*

---

## Enquete-Kommission beschließt Rekommunalisierung der Energieunternehmen

Am 7. Oktober 2015 fand sich die Enquete-Kommission „Neue Energien für Berlin“ ein letztes Mal zusammen. Eine Enquete-Kommission ist ein besonderes Gremium, das sich aus Abgeordneten und außerparlamentarischen Sachverständigen zusammensetzt. Ich hatte nunmehr rund 1,5 Jahre das Vergnügen mich als Vorsitzender der Enquete-Kommission für die Energiewende, die Rekommunalisierung der Energieunternehmen und eine arbeitsfähige Ausstattung des neu gegründeten Berliner Stadtwerks mit Erfolg einzusetzen. Die Enquete-Kommission hat hierzu weitreichende Beschlüsse meist einstimmig im überparteilichen Konsens gefasst. Hauptaufgabe der Kommission war es, ausgehend von den bereits vorhandenen energiewirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes, die Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen zu untersuchen und Empfehlungen für die Zukunft abzugeben. Insbesondere sollte untersucht werden, welche wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen auf die wichtigsten Einrichtungen (z.B. Stromnetz, Gasnetz, Fernwärmenetz sowie die zentralen Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen) zukommen und wie die öffentlichen und privaten Strom- und Wärmenutzer in Bezug auf Einsparungen beim Verbrauch und Erhöhung der Energieeffizienz unterstützt werden können. Dabei sollte auch geklärt werden, in wieweit ein Engagement des Landes Berlin zur Erreichung der energiepolitischen Ziele sinnvoll und notwendig ist.

Die Kommission bestand aus elf Abgeordneten und fünf wissenschaftlichen Sachverständigen, die gleichermaßen antrags- und abstimmungsberechtigt waren.

Als Vorsitzender der Kommission freue ich mich, dass uns ein großer Wurf gelungen ist. Bisher hat keine andere Metropole in Deutschland so weitgehende Beschlüsse gefasst. Auch wenn unser Bericht nur einen empfehlenden Charakter für künftiges Regierungshandeln hat, sind die Ergebnisse unserer Arbeit für die klima- und energiepolitischen Leitlinien Berlins beachtlich. Künftige Regierungen müssen sich über Jahrzehnte an unseren Beschlüssen messen lassen. Mir war es von Beginn an besonders wichtig, einen parteiübergreifenden Konsens für diese großen Zukunftsfragen zu erreichen. Wenn auch das Ergebnis nun konsensual vorliegt, die Diskussionen und das Abstimmungsverhalten der Mitglieder waren bisweilen turbulent.

**Bis 2050 wollen wir die „klimaneutrale Stadt“ realisieren.**

**Enquete-Kommission „Neue Energien für Berlin“**

**Energiewende, Rekommunalisierung der Energieunternehmen und Ausstattung des neu gegründeten Berliner Stadtwerks**

**Bisher hat keine andere Metropole in Deutschland so weitgehende Beschlüsse gefasst**

**einen parteiübergreifenden Konsens für diese großen Zukunftsfragen zu erreichen**

---

Klimaneutral ist eine Stadt dann, wenn sie einen Ausstoß von Treibhausgasen erzeugt, der das Weltklima unterhalb der gefährlichen Schwelle einer Erwärmung von 2 Grad halten kann (Berlin müsste seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2050 auf rund 4,4 Millionen Tonnen reduzieren, also um mindestens 85 % verglichen mit dem Basisjahr 1990). Konkret wollen wir dieses Ziel durch den Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2020 und Steinkohle bis 2030 erreichen. Die in Berlin vorhandenen Kraftwerke Klingenberg, Moabit und Reuter-West sollen stillgelegt oder zu klimafreundlicheren Gaskraftwerken umgerüstet werden. Besonderes Augenmerk obliegt bei der Umsetzung der Energiewende dem Betrieb der Netze. Trotz der Blockadehaltung der CDU, hat die SPD sich mit ihrem Ziel durchgesetzt: alle Experten und die übrigen Fraktionen, SPD, Grüne, Linke und Piraten empfehlen dem Land Berlin die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze. Das ist ein großer Erfolg aller Abgeordneten, die für die SPD-Fraktion in der Kommission saßen: Irene Köhne, MdB, Nikolaus Karsten, MdB, Daniel Buchholz, MdB und Jörg Stroedter, MdB. Im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf und die anschließenden Koalitionsverhandlungen im kommenden Jahr wird die Frage der Zukunft unserer Energieunternehmen im Fokus stehen.

Die aktuellen Verhandlungen des Finanzsenators mit den Eigentümern (Vattenfall in Bezug auf das Stromnetz und Vattenfall, E-on und Engie als Anteilseigner der Gasag) zeigen, dass sich was bewegen kann, wenn es den politischen Willen dazu gibt. Eine strategische Neuausrichtung ist richtig und wichtig. Was uns bei der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe gelungen ist, soll auch bei Strom und Gas erfolgen.

Es ist bedauerlich, dass die CDU permanent die Verhandlungen mit den Eigentümern der Gasag aber auch mit Vattenfall für das Stromnetz dadurch blockiert, dass sie entgegen den Positionen der SPD durch gegenteilige Verhandlungsaktivitäten den gemeinsamen Erfolg gefährdet. Der Senat hat auf seiner Sitzung am 10.11.2015 folgendes beschlossen:

- 1.) Bei der kommunalen Gasversorgung Berlins wird angestrebt eine 51%ige Beteiligung an der Netzgesellschaft für das Gasnetz Berlin
- 2.) Am Stromnetz und der entsprechenden Netzbetriebsgesellschaft wird eine 50/50 Beteiligung, also eine industrielle Partnerschaft auf Augenhöhe angestrebt. Zudem soll eine Option zur Erhöhung des Anteils zum Ende der Regulierungsperiode in 2023 ausgehandelt werden.

---

Aus meiner Sicht ist dieser Beschluss des Senats nicht ausreichend sondern nur ein Kompromiss auf kleinster Basis. Ob es richtig ist, 9 Monate vor der Wahl solche Entscheidungen zu treffen, bleibt fraglich, da alle anderen Fraktionen im Parlament eher die SPD Position unterstützen. Die beiden Volksentscheide Wasser und Energie zeigen zudem, dass große Teile der Berliner Bevölkerung dafür sind, dass Gas, Strom und Wasser wieder ausschließlich öffentliche Daseinsvorsorge sein sollen. Vor dieser Legislaturperiode wäre der Beschluss des Senats vom 10.11.2015 sicherlich ein Erfolg, aus heutiger Sicht ist mehr möglich. Es bleibt abzuwarten, ob die privaten Anteilseigner überhaupt bereit sind auf dieser Basis einen Abschluss zu tätigen.

Wenn wir als Land Berlin die Energiewende zum Erfolg bringen wollen, müssen wir eine aktivere Rolle spielen als bisher. Die Ausgestaltung des Berliner Stadtwerks muss aus dem Nischen-Dasein raus und nach dem Vorbild des Berliner Modells ausgebaut werden. Die Enquete-Kommission hat beschlossen, dass die Erzeugung des ökologischen Stroms auszuweiten ist und auch der Handel am Energiemarkt ermöglicht werden muss. Mein Ziel ist es, das alle Berlinerinnen und Berliner Kunde beim Stadtwerk werden können.

Die Enquete Kommission empfiehlt auch perspektivisch zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes sinnvoll sein kann. Zur Wärmegewinnung sollen zunehmend erneuerbare Energiequellen wie Solar- und Tiefen Geothermie sowie die Biomasse angezapft werden.

Neue Technologien wie „Power-to-heat“ und „Power-to-gas“ sollen durch gezielten Einsatz an öffentlichen Gebäuden zur Marktreife verholfen werden. Darüber hinaus bleibt das Thema Effizienz aktuell: Für die Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands werden wir erhebliche Investitionen zu stemmen haben, die aufgrund des günstigen Zinsniveaus und mit Hilfe von Förderprogrammen der KfW gut finanziert werden können. Am Ende amortisieren sich die Ausgaben durch langfristige Einsparungen bei Wärme- und Energiekosten.

Bei der Wahl am 18.09.2016 haben wir die Chance bei den Wählerinnen und Wählern für unsere Position im Bereich der Rekommunalisierung Gas und Strom erfolgreich zu werben.

*Jörg Stroedter, Mda*

---

## Grüße zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel

Die **BERLINER MITTE** in der SPD Berlin wünscht Euch und  
Ihnen vorab ein **ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest**  
sowie **einen guten Rutsch ins neue Jahr!**



*Für die Redaktion*  
*Ihr Robert Schaddach, MdA*